

Antifeminismus, Frauen*hass und (extrem) rechte Mobilisierungen für 'Frauenrechte'

am **30.1.2020** um **19:30 Uhr** im **Veranstaltungsraum der GLS-Bank**,
Düsternstr. 10, 20355 Hamburg

Vortrag und Diskussion mit **Eike Sanders** (apabiz e.V., Berlin, hat als Teil des Autor*innenkollektivs Fe.In das Buch *Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt*, Verbrecher Verlag 2019, herausgebracht).

Moderation: **Regina Mühlhäuser** (Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur).

Antifeminismus will die Errungenschaften der (queer)feministischen Bewegungen zurückdrehen: durch Begriffsumdeutungen, Angriffe auf reproduktive Rechte, Gleichstellungsmaßnahmen und Ressourcen. Für die AfD ist Antifeminismus neben Rassismus und Antisemitismus ein wichtiges Standbein. In ihrer Ideologie von Frauen*hass und LGBTIQ*feindlichkeit treffen sich Akteur*innen der extremen Rechten oft mit Vorstellungen in der "gesellschaftlichen Mitte". Sie vereint der Wunsch nach einer binären Geschlechterordnung und einer aggressiv dominanten Männlichkeit. Mitunter ist Antifeminismus gar tödlich: Der Glaube an männliche Vorherrschaft stellt die Basis für sexualisierte Gewalt, Femizide und Terrorismus dar.

Nun hat die extreme Rechte „Frauenrechte“ dort für sich entdeckt, wo die „weiße Frau als Opfer“ erscheint: in Köln, Kandel, Chemnitz oder Wien. Das Engagement rechter Frauen*, die für „Frauenrechte“ mobilisieren, ist nicht neu und keine reine Instrumentalisierung: Es funktioniert für sie als Selbstermächtigung. Jedoch geht es nicht um den Schutz aller Frauen* und bleibt antifeministisch. Die Veranstaltung möchte diese neuen Entwicklungen und scheinbaren Widersprüche genauer beleuchten, um zu feministischen, antirassistischen und antifaschistischen Gegenstrategien zu verhelfen.

Eine Veranstaltung der Frauen* gegen die AfD in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V., DENKtRÄUME und pinkstinks.



Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.